



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/1 - 2.1.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Lastenausgleich aus Steuermitteln?	S. 1
Zum Parteitag der italienischen Sozialdemokraten	S. 3
Von Grosskampftagen im Parlament	S. 5
Rebellion in der badischen CDU	S. 6

Gaukelspiel mit Zahlen

Von Herbert Kriedemann, M.d.B.

Unmittelbar vor Weihnachten hat der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses des Deutschen Bundestages der Öffentlichkeit einige Zahlen mitgeteilt, mit denen die Einnahmeseite für den Lastenausgleich dargelegt werden soll. Tatsächlich handelt es sich um nichts anderes, als den Versuch, vollendete Tatsachen zu schaffen. Weil dadurch Hoffnungen erweckt werden, deren Erfüllung aussichtslos ist und weil mit diesem Gaukelspiel mit Zahlen offenbar schon vorsorglich ein Prügelknabe für den - gemessen an den bombastischen Versprechungen der Regierungsparteien - kümmerlichen Lastenausgleich gesucht werden soll, gebietet es das Verantwortungsbewusstsein, ein paar richtigstellende Bemerkungen zu machen.

Mit besonderem Nachdruck hat die SPD immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Verlagerung des Lastenausgleichs auf die Steuerzahler auch teilweise nicht in Frage kommen kann. Die Vermögensbelastung ergibt im Rahmen des endgültigen Lastenausgleichs, beim gegenwärtigen Stand der Beratungen, zuzüglich der Einnahmen aus der Hypothekengewinnabgabe und der Kreditabgabe höchstens 1.6 Mrd pro Jahr (geschätztes Aufkommen aus der Soforthilfeabgabe 2.5 Mrd!). Alle übrigen Summen, mit denen herumjongliert wird, sind Beiträge der öffentlichen Haushalte, also Steuergelder. Wenn jetzt z.B. das Eigentum der Länder und Gemeinden zur Vermögensabgabe herangezogen wird, dann vermindert sich um den gleichen Betrag die Einnahmeseite der betreffenden Haushalte. Wenn ferner 250 Mio Zuschüsse von den Länderhaushalten an den Lastenausgleichsfond gezahlt werden sollen,

dann erhöht sich um diesen Betrag wiederum die Ausgabeseite der Etats und wenn in Zukunft den Ländern der Ertrag der Vermögenssteuer zu Gunsten des Lastenausgleichs entzogen werden soll, dann bedeutet doch das nichts anderes, als dass den Ländern ca. 500 Mio RM weniger zur Verfügung stehen für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, sobald dieses Lastenausgleichsgesetz in Kraft tritt.

500 Mio RM weniger - wofür, wo muss das eingespart werden? Die Einsparungen können nur zu Lasten aller anderen sozialen Aufkommen erfolgen. Die Kriegspfeerversorgung, die Fürsorge für die Alten, für die Jugend und was es sonst noch an öffentlichen Lasten in unserer Volks gibt, wird unter der Wegnahme dieser 500 Mio leiden müssen. Das ist auch der Grund, weshalb die SPD-Fraktion im Bundestag die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für den Lastenausgleich abgelehnt hat.

Die Einnahmeseite bedeutet doch nichts anderes als eine Verschiebung der Last vom privaten auf das öffentliche Vermögen. Das private Vermögen hat im Bundestag Fürsprecher in grosser Zahl. Umso hartträglicher wird die Opposition die Interessen des öffentlichen Eigentums vertreten, die zugleich die Interessen der Millionen Deutscher sind, die trotz eines arbeitsreichen Lebens bisher privates Eigentum nicht erwerben konnten. Wenn für die notwendigen Leistungen aus dem Lastenausgleich der Ertrag der Vermögensabgabe nach den bisherigen Sätzen nicht ausreicht, dann müssen diejenigen, die als Quotalisten besonders grosszügig sind, sich zu den Konsequenzen ihrer Forderungen bekennen und vor allem den erhalten gebliebenen Vermögen grössere Lasten zumuten.

Die grosse Masse der Geschädigten ist in Gefahr, durch leere Versprechungen verhöhnt, durch falsche Informationen verwirrt, von gewissenlosen "Sprechern" missbraucht zu werden. Zweifellos wird man ihnen auch jetzt einzureden versuchen, dass ihre wahren Freunde diejenigen seien, die das erhalten gebliebene Privatvermögen schonen und dafür die Steuermittel umso grosszügiger in Anspruch nehmen wollen. Die öffentlichen Ausgaben für den Wohnungsbau, für Kindergärten, Schulen, Badeanstalten, für den Ausbau der Versorgungsbetriebe kommen auch den Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten zugute. Diese Aufgaben haben mit dem Lastenausgleich nichts zu tun, zu ihrer Erfüllung werden aber ausschliesslich öffentliche Mittel eingesetzt, die nicht mehr vorhanden sind, wenn sie jetzt zur Entlastung des privaten Vermögens für den Lastenausgleich in Anspruch genommen werden sollen. Nicht gegen den Steuersäckel, sondern gegen das erhalten gebliebene grosse private Vermögen sollen sich die Ansprüche aller richten, die durch den Krieg und seine Folgen die Grundlagen ihrer Existenz verloren haben.

## De Gasperi Wink an die Sozialdemokraten

v. sch. Rom, Anfang Januar

In seiner Weihnachtsansprache hat Ministerpräsident de Gasperi an alle demokratischen Parteien Italiens, die sich zum europäischen Föderalismus bekennen, die Aufforderung gerichtet, sich um seine Regierung zu scharen, die sich um die praktische Verwirklichung der europäischen Vereinigung auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete bemühe. Er hat dabei ausdrücklich auf die Liberalen und die Sozialdemokraten hingewiesen und seine Worte konnten gar nicht anders gedeutet werden, als eine Einladung, ihre bisherige Oppositionsstellung zu revidieren und eine neue Koalition mit der christlich-demokratischen Partei zu bilden.

De Gasperi dachte offenbar in erster Linie an den bevorstehenden Parteitag der Sozialdemokraten, der vom 3. bis zum 6. Januar in Bologna stattfindet. Es wird dies der erste Kongress seit der sozialistischen Wiedervereinigung im vergangenen April sein. Diese Tagung wird zeigen, inwieweit die früher getrennten und streitenden Gruppen ineinander gewachsen sind und welche Stärke innerhalb der neuen Organisation die einzelnen, leider immer noch viel zu zahlreichen Richtungen besitzen. Nach einigen schweren Anfangsmonaten, in denen man sogar an der Lebensdauer dieser Vernunftsehe zweifeln musste, hat sich seit dem Spätsommer eine Art Gewöhnungsprozess bemerkbar gemacht und die zunächst recht erbitterten Polemiken haben einer sachlicheren, toleranteren Betrachtungsweise auf allen Seiten Platz gemacht. Das liegt wohl in der Hauptsache daran, dass das ursprüngliche Streitobjekt, nämlich die Koalitionsfrage, seither an Aktualität eingebüsst hat. Die damalige Regierungskrise und Kabinettsumbildung, die die inneren Gegensätze in der Christlich-Demokratischen Partei enthüllten, haben den Koalitionseifer der rechten Sozialdemokraten stark gedämpft.

Das allein dürfte schon genügen, um dem Parteitag von Bologna einen sachlicheren, ruhigen Verlauf zu sichern. Aber auch wenn das Problem einer Rückkehr in die Regierung keine sofortige Entscheidung erfordert, so werden die Delegierten sich dennoch ungefähr ein Bild darüber machen müssen, wie sie sich die weitere Entwicklung vorstellen. Denn spätestens im Frühjahr 1953 werden allgemeine Parlamentswahlen stattfinden und im Hinblick darauf wird noch im Jahre 1952

ein neues Wahlgesetz verabschiedet werden müssen. Von der Gestaltung dieses Gesetzes dürfte die Stärke der Sozialdemokraten im künftigen Parlament wesentlich beeinflusst werden. Sie müssen sich daher jetzt schon darüber im Klaren sein, ob sie ein wahltechnisches, d.h. letzten Endes auch ein politisches Bündnis mit den Christlich-Demokraten gegen die beiden Extreme, die Kommunisten und die Monarcho-Faschisten, für wünschenswert halten oder nicht.

Damit wird das Koalitionsproblem, auch wenn es sich nicht in aktueller Form präsentiert, durch eine Hintertür doch in den Kongressaal von Bologna eindringen. Von den vielen politischen Hauptresolutionen, die dem Parteitag unterbreitet werden, gibt es kaum eine, die eine Koalitionspolitik für alle Zukunft und bedingungslos ablehnt, aber auch keine, die eine solche sofort und um jeden Preis empfiehlt. Die persönlichen Gegensätze sind, wie seit jeher und bei allen Parteien in Italien, eigentlich stärker als die sachlich-politischen.

Vielleicht wird de Gasperis Weihnachtsansprache und die darin enthaltene Anregung einer neuen demokratischen Regierungskoalition dazu beitragen, dass die Regierungsfrage doch in aktuellerer Form auf dem Kongress in Bologna debattiert wird und die Meinungsverschiedenheiten schärfer zum Ausdruck kommen, als man es bis vor kurzem voraus sagte. Saragat hat allerdings auf diese Rede bereits mit der Feststellung reagiert, dass die Sozialdemokraten die bisherige Aussenpolitik der Regierung auch als Oppositionspartei aktiv unterstützt haben und dass es daher nicht zweckmässig sei, dieses Problem mit den innerpolitischen Faktoren zu verquicken, die für eine etwaige Rückkehr der Sozialdemokratie in die Regierung entscheidend wären. Aber es ist denkbar, dass der rechte Flügel der Partei die Gelegenheit des Winkes von de Gasperi für einen förmlichen Vorstoss im Sinne einer baldigen Rückkehr in die Koalition benutzt. Darauf würde die Linke bestimmt mit grösserer Schärfe reagieren, als es ihrer wirklichen Einstellung zu diesem Problem entspricht, und die inneren Parteigegensätze würden abermals mit der gleichen Wucht gegeneinanderprallen wie vor der organisatorischen Einigung im vergangenen Frühjahr.

Zur grossen Auseinandersetzung gerüstet  
-----

(AE) Die zweite Woche im neuen Jahr verspricht eine der heissesten und bewegtesten im Bundestag zu werden. Die bevorstehende Lesung des Schuman-Plan liess auch während der Feiertage die Fraktionen nicht ruhen. Ihre besten Redner und Fachleute rüsteten sich für den rednerischen Grosskampf. Die Fronten sind abgesteckt, die Stellungen bezogen.

Es geht bei dem Schuman-Plan um mehr als um die Verfügungsgewalt über den letzten Rest unseres Nationalvermögens, der uns geblieben ist. Die Regierungskoalition ist entschlossen, das Vertragswerk mit aller Gewalt durchzupfeitschen, weil es Teil eines viel grösseren Rahmens ist, der das Stichwort Integration der Bundesrepublik mit dem Westen trägt. Aber niemand weiss - die Regierung zieht es vor, auch darüber die deutsche Öffentlichkeit völlig im Dunkeln zu lassen - was der Bund im sogenannten Generalvertrag an schwerwiegenden Verpflichtungen zu übernehmen hat und wie die Position der Bundesrepublik nachher sein wird. Man kann aber nicht, wie es Adenauer beabsichtigt, den Schuman-Plan aus dem Gesamtkomplex der von den Alliierten gewünschten deutschen Wiederaufrüstung und des Generalvertrages herausnehmen. Nichts wäre notwendiger und folgerichtiger, als die entscheidende dritte Lesung zu verschieben, bis die Konturen des Generalvertrages sichtbar werden - und das wird noch einige Zeit dauern.

Nach dem Willen des Bundeskanzlers soll der Schuman-Plan die Vorstufe für den deutschen Verteidigungsbeitrag sein. Die Abgeordneten sollen über etwas befinden, was sie nur unzulänglich oder überhaupt nicht kennen. All die vielen Konferenzen haben bisher kein Licht darüber gebracht, in welcher Form die deutsche Wehrkraft wirksam werden soll. Klar ist nur das Bestreben der westlichen Alliierten, genährt und ermuntert durch das schwächliche und schwankende Verhalten des Bundeskanzlers, die deutsche Mitwirkung auf Strategie und Konzeption der westlichen Verteidigungsgemeinschaft auf ein Mindestmass herabzudrücken oder gänzlich auszuschalten.

Wie die Dinge nach dem völligen Misserfolg des Pariser Aussenminister-Treffens liegen, bleibt von dem ursprünglichen Gehalt des Pleven-Planes nur noch der Name, und ein sehr ramponierter Name, übrig.

Der Pleven-Plan liegt heute in Fetzen und von einer Europa-Armee, die diese Bezeichnung verdient, kann selbst beim grössten Optimismus nicht mehr die Rede sein. Aus dem betrüblichen Wirrwarr von endlosen Diskussionen, gescheiterten Plänen und unvereinbaren, kaum verhüllten Gegensätzen hebt sich immer deutlicher das Projekt einer Koalitions-Armee ab, was bedeutet, dass die Organisation der Atlantikpakt-Staaten, die NATO, direkt die Verantwortung für und die Koordinierung der verschiedenen National-Armeen übernimmt. Churchills Reisemappe dürfte in dieser Hinsicht recht aufschlussreiche Details enthalten. Allerdings besteht hier die grössere Gefahr, dass dem Deutschen absolut ungleiche politische und militärische Bedingungen auferlegt werden - alles Grund genug, die dritte Lesung des Schuman-Planes hinauszuschieben, wenigstens solange, bis die Deutschen wissen, was sie zu erwarten haben.

+ + +

Wohleb will säubern

- - - - -

H. Die Zerfallerscheinungen innerhalb der südbadischen CDU spitzen sich immer mehr zu. Sie sind bereits so weit gediehen, dass Staatspräsident Wohleb soeben auf einer Delegiertentagung in Offenburg einige immerhin überraschende Töne gegen seine ungehorsamen Gefolgsleute anschlug. So stellte er die programmatisch interessante Behauptung auf, die "Badische CDU" werde weniger eine christlich-demokratische, als eine badische Union sein - auch auf die Gefahr hin, mit der Bundes-CDU in Konflikt zu kommen. Deshalb sei - und nun wird es besonders aufschlussreich! - "zallererst eine Reinigung innerhalb der badischen CDU notwendig", und die Sauberkeit müsse innerhalb der Partei wiederhergestellt werden; "notfalls mit Gewalt". Für die nordbadische CDU stellte der Karlsruher Abg. Dr. Werber die gleiche Forderung auf; er sprach von Funktionären, die ihr Land verraten hätten: "diese Leute müssen auf den Vordermann gebracht werden!"

Das alles klingt, als wenn es nicht im gemütlichen badischen Ländle, sondern jenseits der Elbe gesprochen worden wäre. In Wirklichkeit dürften freilich die starken Töne auf geringe Resonanz stossen. Es ist bezeichnend, dass fast am gleichen Tage der friedlichen Weihnachtszeit der "Bad. Landwirtschaftliche Hauptverband", die bisher

stark unter CDU-Einfluss stehende grosse Organisation der badischen Bauern, Stellung zum Südweststaat genommen hat und zum Ausdruck brachte, er betrachte es als seine Pflicht, am Neuaufbau des künftigen Staates mitzuarbeiten. Es wurden sechs Forderungen aufgestellt, die zum Teil ausgesprochen politischer Natur sind; die übrigen beschäftigen sich mit praktischen, verfassungsrechtlichen, gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Fragen, die im kommenden Südweststaat zu lösen sind und in der berufsständischen Ebene des Hauptverbandes liegen.

Dem bei dieser Gelegenheit neu gebildeten Vorstand gehört der CDU-Bundestagsabg. Schill als Vorsitzender an, die weiteren Mitglieder sind zum grössten Teil Angehörige der drei demokratischen Parteien; darunter befindet sich auch der südbadische SPD-Abg. Matt. Auf die politische Praxis hin gesehen ist diese Wahl und die programmatische Einstellung, die bezeichnenderweise nach Rücksprache mit den Verbänden in Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern festgelegt wurde, eine schwere Niederlage der Wohleb-CDU.

Dagegen ist es um die Gründung des badischen Zentrums unter dem Prälaten Dr. Führ mittlerweile recht still geworden. Aber vielleicht ist es die Stille vor einem Sturm, wenn auch nur im badischen CDU-Wasserglas, der als Folge der immer schärfere Formen annehmenden innerparteilichen Auseinandersetzung im politischen Wetterbericht der Südwestecke zu erwarten ist. Angesichts der bisherigen absoluten Majorität der CDU in Südbaden kommt indessen diesen Vorgängen im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen eine weit grössere politische Bedeutung zu, als dies sonst der Fall wäre.

---

Verantwortlich: Peter Raunau